

Genderdiskurse im deutschen Europawahlkampf 2019: Zwischen feministisch-demokratischem Aufbruch und rechtsautoritärer Aushöhlung

HENRIKE BLOEMEN. GABRIELE WILDE

„(D)er ganz große Rechtsruck ist ausgeblieben“, schreibt SpiegelOnline (2019) am Morgen nach der Europawahl; auch ZeitOnline (2019) titelt: „Grüne und Liberale gewinnen hinzu – Rechtsruck in Europa bleibt aus“. Doch ist die optimistische Einschätzung für „ein Europa der Gleichberechtigung“ (Bündnis90/Grüne 2019, 98) und gegen eine rechtsautoritäre „Aushöhlung demokratischer (Geschlechter-)Verhältnisse (Graf/Schneider/Wilde2017, 71) tatsächlich berechtigt? Zweifel ergeben sich vor allem mit einem feministisch-poststrukturalistischen Demokratieverständnis (Wilde 2014). Problematisch ist demnach weniger die aktuelle Sitzverteilung der europäischen Parteifamilien¹, sondern der Genderdiskurs in den nationalen Gesellschaften, der in den neuen Kräfteverhältnissen im Europäischen Parlament (EP) repräsentiert wird. Auf dem Spiel steht ein symbolisch-politischer Öffentlichkeitsraum, in welchem Konflikte, die aus gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen und geschlechtsspezifischen Benachteiligungen entstehen, thematisiert und infrage gestellt werden können. Unsere Untersuchung² des deutschen Europawahlkampfes anhand der Programme und Kampagnen zeigt, wie der autoritär-rechtspopulistische Diskurs mit einem dezidierten Bezug auf die Differenzkategorie Geschlecht und politische Kulturen der Repräsentation und Partizipation diesen öffentlich-politischen Raum erneut verengt und die Entgegensetzung von Privatheit und Öffentlichkeit verfestigt.

Die Begrenzung und Verengung der politischen, pluralen Öffentlichkeit als einen „konflikträchtigen Raum“ (Ranciere 2019, 15) gelingt, indem sich der autoritäre Geschlechterdiskurs europaweit sehr viel stärker den Wähler*innen als Schutzmacht nationaler Identität anbietet und in Kombination mit einer ‘natürlichen’ Geschlechter- und Familienordnung die Entpolitisierung geschlechtlicher Machtverhältnisse forciert. Die Forderungen im Wahlprogramm der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und seitens ihres Kandidaten reichen von einer harschen Zurückweisung der Geschlechterdifferenz als soziales und politisches Konstrukt, der Ablehnung der Gleichstellung als „einseitige, geschlechterspezifische Förderung“ (AfD 2019, 74) und von Gender-Mainstreaming (ebd., 73f.) bis hin zur Beendigung der staatlichen Förderung der Gender Studies, des Gender Budgeting wie auch der Frauenquote. Als Maßnahmen, die eine Gleichstellung erzwingen, „die Frauen auch nicht gut tut“ (ebd., 73), sind sie als Bestandteile einer „Gender-Ideologie“ (ebd., 73) verpönt, welche biologische Unterschiede leugne, „verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien“ (ebd., 74). Einher geht damit ein Verständnis von Gleichberechtigung, das sich im Sinne von Chancengleichheit allenfalls mit der

Steuerung und dem Management der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ (ebd., 65) und als natürliche Ordnung, in der „Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen“ (ebd., 65), realisieren kann. Gleichzeitig kommt mit der Forderung einer dezidierten Förderung von „Mehrkindfamilien“ (ebd., 67), der Würdigung gesellschaftlicher „Leistungen von Familien“ (ebd., 66f.) sowie Unterstützungsmaßnahmen für „werdende Mütter“ (ebd., 68) die grundlegende Ablehnung von Abtreibung, Leihmutterschaft und Adoptionsmöglichkeiten für gleichgeschlechtliche Paare zum Ausdruck.

Autoritäre und rechtspopulistische Politiker*innen befürworten Gleichstellungspolitik nur im Rahmen ausgewählter, aktivierender Familien-, Bevölkerungs- und Sozialpolitiken, deren „Gesetzgebungskompetenzen“ (ebd.) allein in nationalstaatlicher Verantwortung liegen sollen. So müsse das „Lebens-, Selbstbestimmungs-, Eheschließungs- und Scheidungsrecht (...) bei den Nationalstaaten verbleiben“ (ebd., 66); die EU dürfe nicht in Familien „hineinregieren, ihren Lebensentwurf beeinflussen oder gar konkret durch Quoten steuern“ (ebd., 66).

So genannte natürliche Geschlechterrollen sind Kernelement autoritär-rechtspopulistischer Politik, die sich in der Ablehnung von differenten und pluralen Lebensformen und einer ‚erzwungenen‘ Gleichstellung widerspiegelt. Damit vernichtet der autoritär-rechtspopulistische Genderdiskurs letztendlich das „Unvernehmen“, wie Ranciere (2019, 15) das Grundprinzip demokratischer Politik bezeichnet, und verhindert den öffentlich-politischen Streit (Mouffe 2008) zu Fragen der Gleichstellung.

Doch steht die autoritäre Rechte keinesfalls allein da; vielmehr repräsentiert sie einen breit geteilten Diskurs, der in Verbindung mit einem entpolitisierten, re-traditionalisierten Familienleitbild weit hinter der Anerkennung der strukturellen Ursachen von Geschlechterungleichheit zurückbleibt. Neuartige, diskursive Koalitionen etwa mit den Konservativen lassen sich erkennen. Hier werden Gleichstellungsmaßnahmen in das Konzept der sozialen Marktwirtschaft eingebettet und mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (CDU/CSU 2019, 3) und „einem christlichen Menschenbild“ (ebd., 18) verknüpft. Zugleich fehlen konkrete Reformen etwa zur Lohnungleichheit oder paritätischen Besetzung öffentlicher Ämter oder sie werden lediglich als persönliches Versprechen in Aussicht gestellt – wie etwa vom EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber (CSU) in seinen Wahlauftritten: „I will do my best“ (Weber 2019). Auch der liberale Genderdiskurs, der allenfalls die gendersensible Ausgestaltung der Arbeitswelt anhand des unternehmerischen Diversity-Management-Konzepts favorisiert, „um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schaffen“ (FDP 2019, 29), ergänzt mit diesem ökonomischen Gleichstellungsverständnis einen hegemonialen Genderdiskurs. Dieser kann und wird unter Ausblendung struktureller Benachteiligungen den demokratischen Diskurs entscheidend mitbestimmen und Gleichstellungspolitik erheblich gefährden. Dies umso mehr, als autoritär-populistische Diskurse Geschlechterrollen nicht nur an die Familie als ‚natürliche‘ Ordnung binden, sondern

Sexismus und Rassismus als „Diskriminierungsoperatoren“ (Dietze 2016, 94) einsetzen. Geschlecht wird durch die Diskursverschränkung mit Rassismus kulturalisiert, um die Differenz zwischen dem ‚Eigenen‘ und dem ‚Fremden‘ zu markieren und zu legitimieren (Hall 2004). Unter dem Deckmantel des Schutzes von Frauen und von Gleichberechtigung als westliche Errungenschaft wird die Kulturalisierung der Geschlechterdifferenz zu einem Phänomen, das willkürlich und undifferenziert mit Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitiken verbunden wird. In der Verbindung von sexistischen und rassistischen Argumenten führt dies schließlich zu einer Ablehnung von Zuwanderung, da diese (fremde) „Kultur (...) leider wenig im Sinn mit der Gleichberechtigung der Frau“ hat, so der AfD-Kandidat Guido Reil (2019), was zu massiven Problemen hinsichtlich des kulturellen und sozialen Zusammenhalts führe.

Strategien der Naturalisierung und Kulturalisierung transformieren damit das demokratische Grundrecht auf Schutz vor Diskriminierung und Abwertung gewissermaßen in ein Recht auf Diskriminierung und Abwertung differenter kultureller und geschlechtlicher Identitäten. Diese Umdeutung als Kernelement autoritärer Identitätspolitik stellt nicht nur einen besonders perfiden Angriff auf die demokratischen Grundlagen europäischer Gesellschaften dar. Es stellt auch grüne, sozialdemokratische und linke Parteien in Europa, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Frauen in der politischen Öffentlichkeit und in allen Politikfeldern „Sichtbarkeit (zu) geben“, so die Kandidatin von DIE LINKE Özlem Demirel (2019), vor große gesellschaftliche Herausforderungen. Freilich könnte der Genderdiskurs der erstarkten Grünen gemeinsam mit Bausteinen des sozialdemokratischen und linken Diskurses ein wirksames Gegengewicht zu denjenigen Kräften setzen, die ganz aktuell in Europa und jenseits dessen demokratische Verhältnisse aushebeln. Etwa indem sich diese Parteien verstärkt auf ein breites Verständnis von „gleichberechtigter Teilhabe“ (Bündnis90/Grüne 2019, 121) beziehen, das sowohl Handlungsfreiheit und Partizipation im politischen Raum meint, als auch die Teilhabe an politischen Leistungen und Förderungen, „unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität“ (ebd., 102) umfasst. Die jüngste Forderung nach „Mehr Gender- und Geschlechterforschung“ (Warnecke 2019) könnte so ein wesentliches Kernelement einer aktiven Gleichstellungspolitik sein. Flankiert von – so die sozialdemokratische Vorstellung – dem „Schutz einer pluralen Zivilgesellschaft“ (SPD 2019, 24) und sexuellen sowie ethnischen Minderheiten, der „Schließung von Lohn- und Rentenlücken“ (ebd., 34), einer „EU-weite(n) Quote für Frauen in Aufsichtsräten“ (ebd., 35), der „Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen“ (ebd., 33) wie auch quotierte Wahllisten mit dem Ziel der Parität im EP und der Europäischen Kommission (ebd., 35f.). Gemeinsam mit den Linken werden schließlich strukturelle Anpassungen im Geschlechterverhältnis durch Gleichstellungsforderungen denkbar und wahrscheinlich, die noch stärker auf eine Politisierung familialer Privatheit zielen, indem sie den Anspruch auf „soziale Gleichheit“ (DIE LINKE 2019, 50) mit bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Themen verknüpfen, Standards zur gleich-

berechtigten Teilhabe am Erwerbsleben und Lohngleichheit festlegen und Fragen zu unbezahlter, prekärer Arbeit, sozialer Unsicherheit sowie Altersarmut aufgreifen (ebd., 15ff.). Mit einem solcherart hegemonialen radikaldemokratischen Genderdiskurs der EU wäre die autoritäre Rechte vielleicht im Zaum zu halten.

Anmerkungen

- 1 Christ-konservative Europäische Volkspartei (EVP) 182 Sitze, Sozialdemokraten (S&D) 154 Sitze, Liberale (Renew Europe) 108 Sitze, Grüne (Greens/EFA) 74 Sitze und Linke (GUE/NGL) 41 Sitze (Stand. 2.7.2019). Die euroskeptische Fraktion der Konservativen und Reformer (ECR, 62 Sitze) und die rechtspopulistische Fraktion Identität und Demokratie (ID, 73 Sitze) haben zusammen aktuell 135 Sitze und sind damit drittstärkste Kraft.
- 2 Das Forschungsprojekt des Zentrums für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS) der Universität Münster analysiert den Wahlkampf als diskursive Praxis. Anhand von Europawahlprogrammen und Kampagnen wurden die Genderdiskurse von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken, Grüne und AfD daraufhin untersucht, in welcher Form diese auf „Geschlecht“ Bezug nehmen, universalistische Werte der Gleichstellung und Selbstbestimmung ausdeuten sowie auf politische Kulturen der Repräsentation und Partizipation fokussieren. Erste Ergebnisse wurden im Juli 2019 auf der European Conference Politics & Gender in Amsterdam präsentiert. Ein besonderer Dank geht an Judith Friede, Magdalena Krach und Hannah Merkle.

Literatur

AfD, 2019: Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019. Internet: <https://www.afd.de/europawahlprogramm/> (14.6.2019).

Bündnis 90/Die Grünen, 2019: Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019. Internet: https://cms.gruene.de/uploads/documents/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019_barrierefrei.pdf (14.6.2019).

CDU/CSU, 2019: Unser Europa mach stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU. Internet: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1> (14.6.2019).

Demirel, Özlem, 2019: 3 Fragen zur Europawahl: Geschlechtergerechtigkeit. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=hzVsVNPx80k> (15.6.2019).

DIE LINKE, 2019: Europa nur solidarisch. Europawahl 2019. Wahlprogramm. Internet: https://archiv-wahlen.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE__Druckversion_.pdf (14.6.2019).

Dietze, Gabriele, 2016: Das ‚Ereignis Köln‘. In: *Femina Politica*. 25 (1), 93–102.

FDP, 2019: Europas Chancen nutzen - Das Programm der Freien Demokraten zur Europawahl 2019. Internet: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/02/26/2019-01-27-bpt-europas-chancen-nutzen-das-programm-der-freien-demokraten-zur-europawahl-2019.pdf> (14.6.2019).

Graf, Patricia/**Schneider**, Silke/**Wilde**, Gabriele, 2017: Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären. In: *Femina Politica*. 26 (1), 70–88.

Hall, Stuart, 2004: *Ideologie, Kultur, Rassismus*. Ausgewählte Schriften 3. Hamburg.

Mouffe, Chantal, 2008: *Das demokratische Paradox*. Wien.

Rancière, Jacques, 2019: *An den Rändern des Politischen*. Wien.

Reil, Guido, 2019: Guido Reil Kandidat für das Europäische Parlament 2019. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=PAKoVj2ZB24> (15.6.2019).

SPD, 2019: Kommt zusammen und macht Europa stark. Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019. Internet: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf (18.6.2019)

SpiegelOnline, 2019: Den Großangriff der Rechtsnationalen abgewehrt. Pressestimmen zur Europawahl, 27.5.2019. Internet: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/europawahlen-pressestimmen-den-grossangriff-der-rechtsnationalen-abgewehrt-a-1269430.html> (15.6.2019).

Warnecke, Tilmann, 2019: Grüne: Mehr zu Gender forschen. Der Tagesspiegel v. 05.08.2019. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/hochschule-gruene-wollen-geschlechterforschung-staerken/24872340.html> (15.6.2019).

Weber, Manfred, 2019: Treffen mit den Spitzenkandidaten: Manfred Weber. Internet: <https://www.arte.tv/de/videos/087181-441-A/treffen-mit-den-spitzenkandidaten-manfred-weber/> (15.6.2019).

Wilde, Gabriele, 2014: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus Geschlechterperspektive. In: Zeitschrift für Politische Theorie. 5 (2), 203-216.

ZeitOnline, 2019: Grüne und Liberale gewinnen hinzu – Rechtsruck in Europa bleibt aus. Live-Blog zur Europawahl, 26.5.2019. Internet: <https://www.zeit.de/politik/2019-05/europawahl-2019-eu-parlament-liveblog/#/eu> (15.6.2019).

Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin – ein gleichstellungspolitischer Erfolg? Zwei Positionen

Anfang Juli 2019 wurde die bisherige deutsche Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, überraschend vom Europäischen Rat als Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission nominiert (vgl. ausführlich *Süddeutsche Zeitung*, 6./7.7.2019, 12). Nach einer kurzen Werbetour für ihre Person wurde von der Leyen am 16. Juli 2019 vom Europäischen Parlament mit 383 Ja-Stimmen, nur neun Stimmen über der erforderlichen Mehrheit, gewählt. Erstmals wird damit eine Frau der mächtigen Behörde der Europäischen Union (EU) vorstehen und deren Geschicke bis 2024 bestimmen. Wie ist diese Nominierung, wie ist ihre Wahl einzuschätzen? Was ist von einer Kommissionspräsidentin von der Leyen zu erwarten? Ist diese Personalie ein gleichstellungspolitischer, gar ein feministischer Erfolg? Hierauf zwei unterschiedliche Sichtweisen.

The EU Elects a Feminist Leader

ANGELIKA VON WAHL

In July 2019, the European Parliament elected Ursula von der Leyen the new president of the European Union Commission. The Commission is the executive arm of the EU, an entity that affects the day-to-day life of over 500 million people. With the election of von der Leyen as president, the EU will be led by a woman for the first